

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

5 | 25

Seite **4**

»Herbst der Reformen?«
Hitzige Debatte
über den Sozialstaat

Seite **16**

Sebnitz feiert
»Tag der Sachsen« mit
200 000 Besuchern

Seite **18**

Plötzlich Berufspolitiker:
Ausschussvorsitzender
Ronny Kupke im Porträt



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 5 | 25

PLENUM

18. Sitzung
Eine Frage der Gerechtigkeit
Fraktionen debattieren über Reformen des Sozialstaates und der Besteuerung **4**

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Kritik
AfD-Fraktion beklagt fehlende Neutralität der Berichterstattung **6**

19. Sitzung
»Symbol für den Zustand unserer Infrastruktur«
Landtag beleuchtet Ursachen und Folgen des Einsturzes der Carolabrücke **7**

»Politik auf Augenhöhe«
Kommunen stehen im Zentrum der Befragung des Ministerpräsidenten **8**

18. Sitzung
Bürger und Kommunen sollen von Windkraft stärker profitieren
Landtag verbessert die Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien **10**

PARLAMENT
Was tun gegen Rechenschwäche?
Forderungen nach Nachteilsausgleich bei Dyskalkulie **12**

Aktuelle Gesetzgebung **13**

AKTUELLES

Kurz informiert **14**

Blumen und gute Laune in Sebnitz
Tag der Sachsen erstmals grenzübergreifend in Sachsen und Tschechien gefeiert **16**

TITELBILD:
Alexander Dierks auf der Demokratiemeile zum »Tag der Sachsen« 2025 in Sebnitz
Foto: T. Schlorke

8



12



16



18

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Niklas Hellfrisch, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 17.09.2025
Gastautoren: Lukas Yavari (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus in Berlin), Matthias Zwarg (Zschopau)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

EIN TAG MIT

Politiker werden
im Zeitraffer

Ein Tag mit Ronny Kupke, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt **18**

SONDER-
THEMAKleine und große
Gesten der Demo-
kratie in der Kultur-
hauptstadt

Ein Pop-up-Kiosk und andere Lernorte für politische Bildung **20**

GESCHICHTE

Zwischen
Sitzungssaal und
Familienalltag

Sächsische Abgeordnete im Landtag und Reichstag während der Zeit des Deutschen Kaiserreichs **22**

20



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Anfang September erlebte unser Freistaat einen wunderbaren »Tag der Sachsen« 2025. Gastgeber der 30. Auflage des größten sächsischen Volks- und Vereinsfestes war Sebnitz im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Die Stadt feierte gemeinsam mit ihrer tschechischen Partnergemeinde Dolní Poustevna. Das Festgelände bestand aus 18 verschiedenen Themenmeilen, angefangen bei der Blaulichtmeile, über die Sportmeile und die Landwirtschaftsmeile bis hin zur Demokratiemeile.

An allen drei Festtagen war ich in der Stadt unterwegs und bin mit ganz vielen Menschen ins Gespräch gekommen. Unzählige Vereine haben sich beim »Tag der Sachsen« in Sebnitz präsentiert. Allein beim Festumzug waren 1800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei, darunter zwölf Spielmannszüge und Musikkapellen. Dieses große Engagement hat mich tief beeindruckt. Wir können stolz auf all die Ehrenamtlichen in unserem Freistaat sein, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Vereine schaffen Räume für Sport, Musik, Kultur, Heimatpflege und Brauchtum, sie engagieren sich in der Integration oder kümmern sich um benachteiligte Menschen. Beim »Tag der Sachsen« wird einmal mehr deutlich, wie stark unsere Bürgergesellschaft ist, wie gut es trotz aller Spannungen um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bestellt ist. Er ist die beste Medizin gegen all jene Stimmen, die unser Land immerzu in die Krise wollen.

Der Landtagskurier nimmt Sie mit einer Reihe stimmungsvoller Bilder noch einmal mit auf den »Tag der Sachsen«. Das vorliegende Heft bietet Ihnen aber noch weitere interessante Themen: So beschloss unser Parlament jüngst ein Gesetz zur Neuordnung der Windenergie in Sachsen. Lesenswert finde ich ebenfalls die spannende öffentliche Anhörung zum Thema Rechenschwäche. Hinweisen möchte ich Sie zudem auf unseren vorletzten Artikel in der Serie zur Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025. Viel Freude beim Lesen!

»Vereine schaffen Räume für Sport, Musik, Kultur, Heimatpflege und Brauchtum, sie engagieren sich in der Integration oder kümmern sich um benachteiligte Menschen.«

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags



Peter Wilhelm Patt

André Barth

Ronny Kupke

Henning Homann

Franziska Schubert

Susanne Schaper

Eine Frage der Gerechtigkeit

Fraktionen debattieren über Reformen des Sozialstaates und der Besteuerung

Nach der parlamentarischen Sommerpause kam der Sächsische Landtag am 10. September 2025 zur 18. Sitzung zusammen. Die erste Aktuelle Debatte lautete: »Sozialstaat sichern, Superreiche gerecht besteuern – gegen einen Herbst der Ungerechtigkeit!« Das Thema hatte die Fraktion Die Linke beantragt, um vor der Kürzung von Sozialleistungen zu warnen.

Die Linke: Sozialausgaben unverzichtbar

Nach Meinung von Susanne Schaper (Die Linke) erlebe Deutschland gegenwärtig eine Kampagne gegen den Sozialstaat. Bundeskanzler Friedrich Merz behaupte, dass der Staat über seine Verhältnisse lebe, der Ministerpräsident spreche von außer Kontrolle geratenen Sozialabgaben. Die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Pflege oder das Wohngeld seien aber weder Luxus noch Almosen, sondern schlicht unverzichtbar. Mit dem »Herbst der Reformen« sei nichts anderes geplant, als ein knallharter Abbau des Sozialstaates. Der Anteil an Sozialausgaben liege etwa auf dem

Niveau von 2015. Rund 30 Prozent des Bruttoinlandprodukts gebe Deutschland für Sozialausgaben aus. Der Sozialstaat sei nicht aufgebläht. Es gebe nur viele, die nicht ihren gerechten Beitrag zu dieser Finanzierung leisten. Notwendig sei mehr Umverteilung sowie eine Vermögensteuer.

CDU: Bürokratie spürbar verschlankt

Reiche Menschen in Deutschland sollten nicht billig stigmatisiert werden, erwiderte Peter Wilhelm Patt (CDU). Vielmehr trügen sie dazu bei, in unser Land zu investieren sowie Verantwortung für Beschäftigung und Wachs-

tum zu übernehmen. Um mehr Steuergeld einzunehmen, müsse die Leistung gefördert werden. Mit einer Staatsquote von 50 Prozent und einer wachsenden Staatsverwaltung ginge das aber nicht mehr. Zu den angeblichen 30 Prozent Sozialausgaben komme die überbordende Bürokratie erst noch hinzu. Daher müsse Regulierung abgebaut und die Staatsverwaltung massiv verschlankt werden. Die Grundlage für Wohlstand sei eine wettbewerbsfähige Marktordnung. Der Staat ordne und schaffe Rahmenbedingungen für den Markt, steuere aber nicht das Handeln einzelner Akteure. Sein Ziel müsse sein, Leistungsfähigkeit mit sozialem Ausgleich zu verbinden.

AfD: Falsche Anreize abschaffen

Wenn Linke von Gerechtigkeit redeten, meinten sie immer nur höhere Steuern, Umverteilung oder womöglich sogar Enteignung, kritisierte André Barth (AfD).

Die Linke wolle das Geld von jenen nehmen, die Werte schafften, und gebe es häufig denjenigen, die zu einem erheblichen Teil gar nicht in unserem Land sein dürften. Der Sozialstaat sei bei uns so groß wie noch nie. Wenn dieser gesichert werden solle, dann müsse man Prioritäten setzen, falsche Anreize abschaffen und auch eine Reduzierung des Empfängerkreises in Betracht ziehen. Ohne die vielen Millionen Gutverdiener wäre das System der Umverteilung längst implodiert. Vor nicht allzu langer Zeit konnte ein durchschnittlicher Arbeitnehmer seiner Familie als Alleinverdiener ein anständiges Leben bieten. Das sei heute kaum noch möglich, da er so viele Steuern und Abgaben zahlen müsse.

BSW: Arbeitende Mitte entlasten

Ronny Kupke (BSW) adressierte an seine beiden Vorredner, dass den meisten Menschen in unserem Land ein Herbst der Ungerechtigkeit bevorstehe. Die Preise stiegen, die Löhne stagnierten, die Mieten zehrten die Einkommen auf. Familien wüssten bald nicht mehr, wie sie die Heizkosten bezahlen sollten. In Sachsen gebe es Zehntausende Rentner im Alter zwischen 75 und 85 Jahren, die noch arbeiteten. Die Politik stelle eher Milliarden für Panzer und Aufrüstung zur Verfügung, anstatt Geld für Gesundheit, Schulen und Entlastung der Familien auszugeben. Die BSW-Fraktion fordere deshalb niedrigere Abgaben für die arbeitende Mitte. Diese Menschen sorgten dafür, dass

dieser Staat am Leben erhalten und die Wirtschaft angekurbelt werde. Notwendig sei ebenso eine Rentenreform nach dem Vorbild Österreichs mit Einbeziehung aller Berufsgruppen und einer Steuerfreiheit für kleine Renten.

SPD: Gerechtere Verteilung

Henning Homann (SPD) erklärte, das Erfolgsmodell Deutschland basiere darauf, dass Menschen, die hohe Vermögen hätten und viel Geld verdienten, mehr tragen müssten, als diejenigen, die kein oder wenig Geld hätten. Doch dieser Grundsatz sei aus dem Lot geraten. 1 Prozent der Bevölkerung besäße 25 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland. In den vergangenen zehn Jahren sei das reale Einkommen der arbeitenden Mitte geschrumpft, während sich die Anzahl der Milliardäre verachtacht habe. Um etwas zu ändern, müsse die Vermögensbesteuerung in Deutschland angehoben werden. Mit den Einnahmen von rund 15 bis 20 Milliarden Euro könnten die Sozialabgaben um 2 Prozent gesenkt werden. Ein durchschnittlicher Arbeiter in diesem Land hätte dann 800 Euro mehr im Jahr und auch

Weitere Aktuelle Debatten:

Am 11. September 2025 standen noch weitere Aktuelle Debatten auf der Tagesordnung. »Wiedervereinigung ohne Einheit – Zweite Wende statt Zeitenwende!« lautete ein Antrag der BSW-Fraktion. Von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE wurde das Thema »Sachsens Schatz schützen – Nationalpark Sächsische Schweiz weiterentwickeln, Konflikte gemeinsam lösen« in die Sitzung eingebracht. Eine Aktuelle Debatte mit Titel »75 Jahre Charta der Heimatvertriebenen – Erinnern für Gegenwart und Zukunft« hatte am 10. September 2025 die CDU-Fraktion beantragt.

ein Unternehmer wäre dadurch wettbewerbsfähiger.

BÜNDNISGRÜNE: Steuerrecht besser durchsetzen

Deutschland brauche mehr Gerechtigkeit im Steuersystem, sagte Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE). Dies gelinge nur durch eine große Steuerreform, die für die kommenden Jahrzehnte trage. Unser Sozialstaat sei nicht nur ein Auffangnetz, sondern eben auch ein Investitionsversprechen in Zusammenhalt, Bildung, Pflege und Infrastruktur. Es könne nicht sein, dass in einem reichen Land wie unserem, Kinderarmut zunehme. Familien müssten entlastet werden und die Kom-

munen bräuchten Planungssicherheit. Sehr große Vermögen müssten deutlich stärker in die Verantwortung genommen werden als bisher. Eine Vermögensteuer dürfe sich allerdings nicht den Mittelstand treffen und benötige eine moderne Verwaltung. Weiterhin müsse der Staat dafür sorgen, geltende Regeln durchzusetzen. Dafür brauche es eine Stärkung der Steuerfahndung.

Staatsregierung: Kommissionen eingesetzt

Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SPD), forderte am Ende der Debatte, dass der Sozialstaat effizienter werden müsse. Aktuell verantworteten fünf Bundesministerien 170 verschiedene Leistungen, verwaltet von fast 30 Behörden. In 16 Bundesländern und in 400 Kommunen gebe es bei Sozialleistungen teilweise unterschiedliche Auslegungen. Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat habe sich dafür ausgesprochen, die Zuständigkeiten in der Bundesregierung zu bündeln. Darüber hinaus würde bereits an konkreten Reformvorschlägen gearbeitet, etwa in einem Dialogprozess zur Eingliederungshilfe, in der geplanten Rentenreformkommission oder in der Zukunftsinitiative Sozialstaat.

»Sachsen wird 2030 das älteste Bundesland vom Durchschnittsalter her sein. Deshalb sind Reformen nötig und (...) es muss gerecht finanziert werden.«



Sozialministerin Petra Köpping

// Dr. Daniel Thieme



Fotost. S. Fluss

Torsten Gahler

AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Kritik

— AfD-Fraktion beklagt fehlende Neutralität der Berichterstattung

In der dritten Aktuellen Debatte am 10. September 2025 befasste sich der Sächsische Landtag auf Antrag der AfD-Fraktion mit dem Thema: »Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die Doppelmoral und das Leben der Anderen«. Die Fraktion fordert seit Längerem drastische Reformen bei den öffentlichen Rundfunkanstalten.

Lügen statt Wahrheit

Nach Ansicht von Torsten Gahler (AfD) werde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) seit Langem nicht mehr die Wahrheit ausgestrahlt, sondern vor allem Lügen und Vertuschung. Nach Mord, Vergewaltigung und Terror würden Standardfloskeln benutzt. Kritik daran sei nicht erlaubt. Behörden, Regierung und der öffentlich-rechtliche »Meinungsmoloch« würden Andersdenkende heftig angehen.

Andreas Nowak (CDU) brachte die Debatte mit einem Antrag der AfD in Verbindung, in dem sich die Partei gegen die Klarnamenpflicht und für ein Recht auf Anonymität ausgesprochen habe. Es werde damit etwas kritisiert, das im Presserecht schon eindeutig geregelt sei. Jede Veröffentlichung brauche einen Verantwortlichen im Sinne des Presserechts. Diese Angabe Sorge für den Schutz der Persönlichkeitsrechte.

Schleichender Wandel

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe ein massives Vertrauensproblem, attestierte Dr. Ingolf Huhn (BSW). In der alten Bundesrepublik sei das noch anders gewesen. Aus dem »Berichten« sei immer mehr ein »Überzeugen« geworden, nach dem Motto: »Wir wissen, was richtig ist, und das müssen wir jetzt der Bevölkerung beibringen.« Doch die Menschen wollten sich nicht sagen lassen, wie sie denken müssen.

Laura Stellbrink (SPD) merkte an, dass es Aufgabe von Medienschaffenden sei, Meinungsvielfalt zu zeigen. Nicht alles müsse der eigenen Sichtweise entsprechen. Eine Reform des öffentlichen Rundfunks sei dennoch notwendig. Die Anstalten hätten bereits damit begonnen, sich zu verändern, etwa indem sie ihre Verwaltung modernisierten oder Aufgaben bündelten.



Meinungsbildung unter Druck

Der AfD gehe es nur darum, ein Dauerfeuer auf öffentlich-rechtliche Journalisten anzufachen, warf Dr. Claudia Maicher (BÜNDNIS-GRÜNE) ein. Was der Partei nicht in den Kram passe, bezeichne sie als Verschwörung. Daran zeige sich, dass die Meinungsbildung heutzutage unter Druck stehe. Permanent erfolgten rechte Angriffe auf den Qualitätsjournalismus. Zum Schutz der Medienfreiheit müsse dies verhindert werden.

Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke) griff den Gedanken ihrer Vorrednerin auf. In Deutschland würden Journalisten gezielt bedroht. Private Daten würden veröffentlicht, um sie einzuschüchtern. Organisationen wie »Reporter ohne Grenzen« und Redaktionen wie »Correctiv« seien nach Recherchen über rechte Netzwerke massiven Angriffen ausgesetzt. Dies sei nichts anderes als Einschüchterung.

Der Chef der Staatskanzlei, Dr. Andreas Handschuh (parteilos), appellierte am Ende der Debatte zu mehr Sachlichkeit. Die einen verstünden nicht, wie man den ÖRR mit Reformen leichtfertig aufs Spiel setzen könne. Andere betrachteten ihn als nicht zeitgemäß und ignorant. In diesem Spannungsbogen müssten Kompromisse gefunden werden. Letztlich könne man nur durch Sachargumente überzeugen.

»Symbol für den Zustand unserer Infrastruktur«

Landtag beleuchtet Ursachen und Folgen des Einsturzes der Carolabrücke

In seiner 19. Sitzung am 11. September 2025 debattierte der Sächsische Landtag das Thema: »Ein Jahr nach dem Einsturz: Richtige Lehren aus dem Fall Carolabrücke ziehen« Die SPD-Fraktion wies mit der Debatte auf die Notwendigkeit hin, mehr Geld in die Infrastruktur des Landes zu investieren.

Investitionsstau auflösen

Brücken gehörten zu den Lebensadern der Städte und Regionen. Sie seien die Basis für Wohlstand, Gemeinwohl, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt, hob Albrecht Pallas (SPD) hervor. Die Carolabrücke sei zu einem Symbol für den Zustand unserer Infrastruktur geworden. Der Investitionsstau in unserem Land müsse aufgelöst werden. Dafür werde Geld benötigt, aber auch die notwendigen Fachkräfte.

Die Einsturz-Katastrophe habe seine Heimatstadt Dresden tief getroffen, äußerte sich Ingo Flemming (CDU). Den damals beteiligten Ingenieuren könne man keinen Vorwurf machen, auch die Überwachung habe den Vorschriften entsprochen. Doch jedes Bauwerk habe eine Lebensdauer, die nicht überschritten werden dürfe. Die Bürger erwarteten nun, dass der Wiederaufbau konsequent angegangen werde.

betrage der Investitionsbedarf zwischen 0,7 und 2 Billionen Euro. Für notwendige Modernisierungen müssten die bürokratischen Hürden abgesenkt werden, außerdem brauche es ein höheres Tempo beim Verwaltungshandeln.

Verzögerungen und Mehrkosten

Katja Meier (BÜNDNISGRÜNE) ging auf den Wiederaufbau ein. Dresden müsse die Kosten in Höhe von circa 140 Millionen Euro größtenteils selbst stemmen. Problematisch sei, dass der Stadtrat durch die Variante einer vierspurigen Brücke jahrelange Verzögerungen und Mehrkosten in Höhe von circa 30 Millionen Euro in Kauf nehme. Dabei hätten 19 renommierte Verkehrswissenschaftler klar vor dieser Überdimensionierung gewarnt.

Der Einsturz der Carolabrücke sei technisch ein Ausnahmefall gewesen, politisch jedoch ein Spiegelbild für Abwarten und Aussitzen, befand Rico Gebhardt (Die Linke). Die Menschen erwarteten nun, dass gehandelt werde. Für die Zukunft fordere seine Fraktion transparente Vergabeverfahren, verbindliche Sanierungspläne für die Infrastruktur im Land sowie eine solide Finanzausstattung der Kommunen durch den Freistaat Sachsen.

Die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, Regina Kraushaar (CDU), weitete die Debatte am Ende. So sei der Ersatzneubau in Großenhain ein gutes Beispiel für schnelles und entschlossenes Handeln. Nur knapp acht Monate nach dem Abriss konnte mit dem Neubau begonnen werden. Alle Beteiligten hätten das gleiche Ziel verfolgt, nämlich die Erreichbarkeit der Region so schnell wie möglich wiederherzustellen.

// Dr. Daniel Thieme

Zustand vieler Straßen mangelhaft

Die SPD trage seit elf Jahren Regierungsverantwortung in Sachsen und sei für den Einsturz mitverantwortlich, prangerte Tobias Keller (AfD) an. Statt Straßen und Brücken dauerhaft zu pflegen, würden die Verantwortlichen lieber mit teuren Neubauten ablenken. Knapp die Hälfte der Staatsstraßen im Freistaat sei in einem mangelhaften Zustand. Die Ausbau- und Erhaltungsziele bis 2030 seien bisher nur zu rund einem Drittel erreicht worden.

Für Infrastrukturbauten müsse ausreichend Geld im Haushalt eingeplant werden, so Ralf Böhme (BSW). Gegenwärtig sei dies aber nicht der Fall, Sachsen lebe schlichtweg von der Substanz. Deutschlandweit



Albrecht Pallas

Foto: S. Floss

»Politik auf Augenhöhe«

Kommunen stehen im Zentrum der Befragung des Ministerpräsidenten

»Den Freistaat modernisieren, in Land und Kommunen investieren – mit Zuversicht die Zukunft Sachsens gestalten« – unter diesem Titel stellte sich Ministerpräsident Michael Kretschmer den Fragen der Abgeordneten. Die Befragung des Regierungschefs am 11. September 2025 war die erste in dieser Wahlperiode.

Zur Finanzpolitik unseres Landes gehöre seit jeher ein vernünftiger Umgang zwischen dem Land und der kommunalen Familie, bekräftigte Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) eingangs. Allein in diesem Jahr könnten die Kommunen 3,8 Milliarden Euro ausgeben, ohne dass sie dafür an konkrete Tat-

bestände gebunden seien. Klar sei allerdings auch, dass für die Konsolidierung des aktuellen Doppelhaushalts Kürzungen notwendig waren. Zugleich erhalte Sachsen in den kommenden zwölf Jahren jährlich 400 Millionen Euro aus einem Sondervermögen des Bundes. Auch hier solle der überwiegende Teil des

Geldes an die Gemeinden fließen und von ihnen in freier Verantwortung ausgegeben und investiert werden können.

// Dr. Daniel Thieme



Erfolg beim Breitbandausbau?

Christian Hartmann (CDU) begann mit einer Frage zum Breitbandausbau. Sachsen habe von Anfang an den Eigenanteil der Kommunen selbst getragen. Warum sei dieser Weg aus Sicht der Staatsregierung bis heute richtig?

Der Ministerpräsident bekräftigte, Sachsen sei in der Tat das erste Land gewesen, das den Eigenanteil der Kommunen am Breitbandausbau vollständig übernommen habe. Dadurch konnte ein überdurchschnittlich hoher Wert der Bundesmittel gebunden werden. Im Jahr 2013 erhielten 35 Prozent der sächsischen Haushalte 50-Mbit-Übertragungsgeschwindigkeit als Grundversorgung; inzwischen seien es knapp 96 Prozent. Für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums sei dies maßgeblich wichtig.



Gerechte Geldzuweisung?

Andreas Gerold (AfD) ging ebenfalls auf das Sondervermögen des Bundes ein. Er habe gehört, dass 36 Prozent direkt an die Kommunen ausgereicht werden sollten. Wie stelle die Staatsregierung sicher, dass das restliche Geld ebenfalls gerecht verteilt werde?

Die genauen Regeln für die Zuweisungen müssten noch geklärt werden, so der Ministerpräsident. Gäbe man alles über eine Pauschale pro Kopf an die Kommunen, dann seien die Beträge für kleine Gemeinden mitunter zu gering, um beispielsweise einen großen Kindergarten oder eine Schule bauen zu können. Die großen Städte wiederum hätten aufgrund ihrer hohen Einwohnerzahl einen enormen Vorteil. Verteile man das Geld über Fachprogramme, bewirke dies das Gegenteil. Daher brauche es einen vernünftigen Ausgleich.



Bündnis Sahra Wagenknecht

BSW-Landtagsfraktion
Sachsen

Stärkung Südwestsachsens?

Eine kürzlich veröffentlichte Studie empfahl der Region Südwestsachsen die Stärkung der Wissenschaft und die Unterstützung von Start-ups, so **Sabine Zimmermann (BSW)**. Warum setze die Staatsregierung die Empfehlungen nicht zeitnah um?

Entscheidungsprozesse dürften nicht ohne die Menschen einer Region stattfinden, sagte Michael Kretschmer. Die Notwendigkeit des Strukturwandels sei längst erkannt. Man habe den Aufbau eines Kältekompetenzzentrums in Reichenbach vorangebracht, in Annaberg-Buchholz die Forschung am autonomen Fahren gefördert und denke über ein Forschungszentrum für künstliche Intelligenz in Plauen nach. Die Wissenschaft helfe dabei, solche Strukturentwicklungen anzuschieben.



BÜNDNIS GRÜNE

LANDTAG
SACHSEN

Erbe der Kulturhauptstadt?

Dr. Claudia Maicher (BÜNDNISGRÜNE) fragte, wie sich der Freistaat Sachsen in den kommenden Jahren einsetzen werde, um den Erfolg von Europas Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 fortzuführen.

Das Beste, was die Staatsregierung ganz grundsätzlich für Chemnitz tun konnte, so Kretschmer, war es, die Kulturhauptstadtbewerbung zu unterstützen. Daraus sei nicht nur soziokulturell, sondern auch ökonomisch ein großer Erfolg für die Stadt erwachsen. Wenn es jetzt gelinge, bis 2030 jährlich rund 900.000 Euro bereitzustellen, dann könne sich dieses große Investment noch länger positiv auswirken und vielleicht sogar zu einer Selbstverständlichkeit werden.

SPD

FRAKTION IM
SÄCHSISCHEN
LANDTAG



Fortschritt der Digitalisierung?

Juliane Pfeil (SPD) wollte vom Regierungschef etwas zur Digitalisierung des Staates wissen. Sie fragte, welche Priorität das Thema habe und wie es gelingen könne, den Modernisierungsfortschritt des Landes mit dem der Kommunen zu verknüpfen.

Ein Gedanke, der derzeit überlegt werde, sei eine Digitalisierungsoffensive für die kommunale Familie, erläuterte der Ministerpräsident. Kommunale Rechenzentren und Cloudlösungen könnten die Arbeit der Gemeinden deutlich leistungsfähiger machen. Nicht jedes kleine Gemeindeamt oder Rathaus könne genug IT-Experten vorhalten, daher sollten die Leistungen zentral angeboten werden. Für die Kommunen sei dieses Thema von hoher Priorität. Deutschland müsse insgesamt bei der Digitalisierung vorankommen.

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Mehrwert einer Olympiabewerbung?

Was wäre der Mehrwert, wenn sich Sachsen an einer Olympiabewerbung beteiligten würde und wie viel Geld wolle der Freistaat dafür einplanen, fragte **Susanne Schaper (Die Linke)**.

Es gebe derzeit keinerlei Festlegung oder einen Geldbetrag im Bezug auf eine Olympiabewerbung. Sachsen stehe jedoch mit anderen Bundesländern in einem harten Wettbewerb. Es habe nur eine Chance, wenn es mit Berlin zusammenarbeite. Der Freistaat wolle seinen Teil beitragen und habe dafür etwas Geld eingestellt. Der Kanupark bei Leipzig und andere Infrastruktur, die noch für Leistungssport genutzt werde, zeige, was alles aus einer Olympiabewerbung entstehen könne.



Bürger und Kommunen sollen von Windkraft stärker profitieren

Landtag verbessert die Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien

Der Sächsische Landtag hat in seiner 18. Sitzung am 10. September 2025 das »Gesetz zur Änderung planungsrechtlicher Vorschriften und akzeptanzfördernder Maßnahmen im Bereich der Erneuerbaren Energien« beschlossen. Das Plenum stimmte für den Entwurf der Fraktionen CDU und SPD sowie den zusammen mit der Fraktion BSW eingebrachten Änderungsantrag. Abgelehnt hat das Parlament hingegen den Vorschlag der AfD-Fraktion. Diese hatte u. a. gefordert, die Ausweisung von Windenergiegebieten zu beschränken.

Mehr lokale Entscheidungsfreiheit

Thomas Thumm (AfD) beklagte, der an Zwangszerstörung erinnernde Ausbau der Windenergie in Sachsen sei kompletter Unfug. Die AfD wolle daher mit ihrem Gesetzentwurf den Windkraftausbau auf ein Minimum reduzieren. Unter anderem sei vorgesehen, die Flächenziele in Sachsen von 2 auf 1,3 Prozent zurückzuschrauben. Die lokale Entscheidungsfreiheit solle gestärkt und Spielräume geschaffen werden.

Ingo Flemming (CDU) äußerte die Hoffnung, dass der Gesetzentwurf der Koalition zusammen mit dem Änderungsantrag die Akzeptanz der Windkraft verbessern werde. Sowohl bei denjenigen, die die Anlagen betrieben, als auch bei den davon Betroffenen. Bürger und Kommunen dürften durch

das Gesetz finanziell profitieren. Es verhin-dere zudem das Risiko, dass unter bestimmten Bedingungen Windräder auch ohne regionale Steuerung gebaut würden.

Höhere Entschädigungen

Ralf Böhme (BSW) bewertete es als falsch, dass Sachsen ursprünglich schneller als gefordert das 2-Prozent-Flächenziel erreichen wollte. Dies habe man nun korrigiert. In dem vorliegenden Gesetz habe seine Fraktion dafür gesorgt, dass die betroffenen Kommunen eine höhere Entschädigung erhielten. Individualvereinbarungen zwischen Betreibern und Gemeinden könnten dank der geplanten Änderungen nun leichter geschlossen werden.

Die AfD-Fraktion solle sich ehrlich machen, forderte Juliane Pfeil (SPD). Deren Vorschläge kämen unter dem Deckmantel des Heimat- und des Umweltschutzes daher. Eigentlich wolle die AfD überhaupt keine erneuerbaren Energien. Doch mit dieser Haltung werde Sachsen keinen Schritt vorankommen. An dem 2-Prozent-Ausbauziel müsse festgehalten werden, für das Jahr 2027 wäre es aber zu früh gekommen.

Gefahren für den Ausbau der Windkraft

Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE) bewertete beide Gesetzentwürfe als unzureichend. Alle zwei richteten sich faktisch gegen den Ausbau der Windkraft. Sie zerstörten, was in der letzten Legislaturperiode erreicht wurde. Die BÜNDNISGRÜNEN hätten mit dem Beteiligungsgesetz dafür gesorgt, dass die Gemeinden im ländlichen Raum schon heute ganz konkret von Windkraft und Solar finanziell profitierten.

Stefan Hartmann (Die Linke) warf dem BSW vor, mit dem gemeinsamen Änderungsantrag die direkte finanzielle Beteiligung der Bürger an der Windkraft verhindert zu haben. Es wäre möglich gewesen, sowohl die betroffenen Gemeinden als auch die dort lebenden Menschen mit je 0,2 Cent pro Kilowattstunde direkt zu beteiligen. Falsch sei ebenso, die Möglichkeit einer Abgabe von günstigem Strom an betroffene Bürger nicht verbindlich festgeschrieben zu haben.

Beim Thema Windenergie gehe es um Verantwortung und Verlässlichkeit, fasste die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, Regina Kraushaar (CDU), zusammen. Davon profitiere neben den Bürgern vor allem die heimische Wirtschaft. Sie brauche bezahlbare Energie, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Gesetzentwurf von CDU und SPD setze Bundesrecht korrekt um und schaffe zugleich die notwendige Flexibilität.

// Dr. Daniel Thieme



$$2x + y = z$$

$$x^2 + y^2 = z^2$$

$$\frac{44}{100} = \frac{17}{100} + \frac{27}{100}$$

$$\frac{1}{15} \div \frac{2}{20} = \frac{1}{15} \cdot \frac{20}{2} = \frac{20}{30} = \frac{2}{3}$$

MEHR AKZEPTANZ FÜR DYSKALKULIE

Rechenschwäche ist in Deutschland weit verbreitet und wohlbekannt. Die Forderungen für einen fairen Umgang mit betroffenen Schülerinnen und Schülern reichen von Behandlungsangeboten über frühe Förderung bis hin zur Anerkennung der sogenannten Dyskalkulie als Krankheit. Mit diesen verschiedenen Positionen befasste sich zuletzt der Ausschuss für Schule und Bildung.



Was tun gegen Rechenschwäche?

Forderungen nach Nachteilsausgleich bei Dyskalkulie

In einer öffentlichen Anhörung am 29. August 2025 beschäftigt sich der Ausschuss für Schule und Bildung mit dem Antrag der Fraktion BSW »Anerkennung der Dyskalkulie als Teilleistungsschwäche«. Der Antrag zielt darauf ab, für betroffene Kinder Nachteilsausgleiche sowie einen sogenannten Notenschutz zu ermöglichen. Bereits im November 2024 wurde beim Sächsischen Landtag zu diesem Thema eine Petition eingereicht.

Im IQB-Bildungstrend 2021 verfehlten rund 21,8 Prozent der Viertklässler in Deutschland den Mindeststandard in Mathematik. Das heißt, sie verfügen nicht über die notwendigen Basiskompetenzen, um ab Klassenstufe 5 regulär Mathematik lernen zu können. Sachsen steht zusammen mit Bayern noch vergleichsweise gut da (etwa 13 Prozent). Doch auch im Freistaat nimmt die Rechenschwäche unter Schülern zu. Um über das Thema zu sprechen, waren Ende August mehrere Sachkundige im Landtag zu Gast. Ihre Positionen und Meinungen lagen dabei teilweise erheblich auseinander.

Prof. Dr. Antje Ehlert von der Universität Potsdam erklärte, wenn ein Kind in der 4. Klasse noch mit Fingern zähle, dann sei es in seiner Entwicklung stehengeblieben. Um Abhilfe zu

schaffen, brauche es frühestmögliche Förderung. Mathematische Schwierigkeiten wüchsen sich nicht von allein aus. Silke Korb vom Landesamt für Schule und Bildung in Chemnitz beleuchtete mögliche Ursachen. Diese lägen unter anderem in einer veränderten Kindheit mit Reizüberflutung und dem übermäßigen Gebrauch von elektronischen Medien. Oft fehle es auch an einer korrekten Thematisierung mathematischer Inhalte im Vorschulalter.

Gymnasiallehrer Christian Dietz-Verrier sowie Steffen Marx vom Zentrum zur Therapie der Rechenschwäche Leipzig/Halle waren sich darin einig, dass eine Rechenschwäche vollständig und nachhaltig beseitigt werden könne. Läge eine genetische oder hirnorganische Ursache vor, wäre es hingegen eine unveränderliche Störung. Dies lasse

sich allerdings nicht belegen. Dietz-Verrier sagte: »Ich bin aus meiner Erfahrung als Mathematiklehrer durchaus der Meinung, dass man das allermeiste in angemessener Weise und mit Nähe zu den Schülern hinbekommen kann, anstatt sie zu stigmatisieren.« In diese Richtung argumentierte auch Prof. Dr. Sebastian Schorcht von der TU Dresden. Er sagte, dass es die wissenschaftliche Position der Fachdidaktik ablehne, Kindern pauschal eine Rechenkrankheit zu attestieren.

Carola Nacke vom Landes-ElternRat Sachsen teilte diese Sicht nicht. Sie betonte, dass die Anerkennung der Dyskalkulie als Teilleistungsschwäche Kindern und deren Familien einen Zugang zu Therapien sowie den Nachteilsausgleichen eröffne. Es entlaste sie zudem von dem Verdacht, einfach nur »faul« oder »dumm« zu sein. Prof. Dr. Karin Landerl von der Universität Graz forderte, die Dyskalkulie der Lese-Rechtschreib-Schwäche gleichzustellen. Das Geld für und Hilfen werde nach Beendigung der Schulzeit und der Ausbildung eingespart.

Prof. Dr. Michael Skeide vom Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften vertrat die Meinung, dass »Dyskalkulie in die Wiege gelegt werde«. Sichtbar werde sie meist erst in der Schule. Um dagegen etwas zu unternehmen, sei die Implementierung statistisch fundierter Verfahren zur Früherkennung und Frühförderung bereits ab dem Alter von vier Jahren sinnvoll. Dem schloss sich Alexander Ziegler vom des LandesElternRat Sachsen an. Auch Ingrid Simonis vom Bundesverband Legasthenie & Dyskalkulie betonte, Dyskalkulie könne eindeutig diagnostiziert werden und erfülle die Kriterien der Behinderung. Sie sei wie die Legasthenie eine neuronale Entwicklungsstörung. Möglichkeiten des Nachteilsausgleichs seien ein Zeitzuschlag, technische und didaktische Hilfsmittel, die Nutzung von Eins-plus-eins- oder Einmal-eins-Tabellen, eine vereinfachte Darstellung von Aufgaben und Anforderungen sowie die Verwendung einfacher Taschenrechner.

// Dr. Daniel Thieme

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 17.09.2025

TITEL EINBRINGER AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPlG) – Sächsisches Windenergieordnungsgesetz 8/2094 AfD	Das Änderungsvorhaben bezweckte, die Ausweisung von Windenergiegebieten zu beschränken und Befugnisse für befristete Verbote zu schaffen.	✗
Gesetz zur Änderung planungsrechtlicher Vorschriften und akzeptanzfördernder Maßnahmen im Bereich der Erneuerbaren Energien 8/2644 CDU und SPD	Um die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu fördern und mehr Flexibilität bei deren Bau zu ermöglichen, erhalten regionale Planungsverbände die Möglichkeit der Windplanung in zwei Stufen.	✓
Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik 8/2921 Staatsregierung	Das Länderabkommen über die zentrale Vollzugstelle übernimmt Änderungen im Produktsicherheits- und Marktüberwachungsrecht. Mit dem Gesetz werden diese Änderungen in Landesrecht übertragen.	✓
Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2025/2026 – Bewältigung der Brandkatastrophe in Sachsen 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025/2026 – NHG 2025/2026) 8/3514 BSW	Zur Bewältigung der Brandkatastrophe in der Gohrischheide 2025 sollten zusätzliche Mittel in einem Sonderfonds bereitgestellt werden.	↺
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Transparenzgesetzes 8/3802 Staatsregierung Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa	Mit dem Gesetz soll die Inbetriebnahme der Transparenzplattform um zwei Jahre auf den 1. Januar 2028 verschoben werden. Damit sollen der Zeitaufwand und die Kosten der transparenzpflichtigen Stellen eingespart werden, die mit den Veröffentlichungen verbunden sind.	○
Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und weiterer Vorschriften 8/4030 AfD	Mit dem Gesetzentwurf soll die staatliche Förderung der Integration der in Sachsen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund abgeschafft werden. Die staatliche Unterstützung solle sich darauf beschränken, die Bereitschaft und Fähigkeit zur eigenständigen Integration einzufordern.	○



angenommen



abgelehnt



zurückgezogen



neu im parlamentarischen Verfahren



Nähere Informationen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster

Kurz informiert



Gespräche über Erzgebirgstunnel und Elbschifffahrt

Am 1. September 2025 besuchte eine Delegation des tschechischen Senats den Sächsischen Landtag, um mit dem Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung (ILA) gemeinsame Projekte zu besprechen. Die Abgeordneten tauschten sich über den geplanten Lithiumabbau im Erzgebirge, die Schifffbarkeit der Elbe, den Erzgebirgstunnel, die geplante Schnellfahrstrecke Dresden – Prag und andere Infrastrukturvorhaben aus. Abgerundet wurde der Besuch durch einen Rundgang im Plenarsaal. Die Delegation setzte ihre Reise mit Gesprächen in den sächsischen Ministerien und Besuchen in Chemnitz und Zittau fort.

Sachsen verabschiedet amerikanischen Generalkonsul

Landtagspräsident Alexander Dierks und Ministerpräsident Michael Kretschmer trafen den amerikanischen Generalkonsul John R. Crosby anlässlich seines Abschieds aus Sachsen im Dresdner Ständehaus. John R. Crosby leitete seit Juli 2023 das US-Generalkonsulat in Leipzig, zuständig für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zu seinen früheren Arbeitsorten gehörten Mailand, Kabul und Mumbai. In Washington D. C. arbeitete er u. a. als stellvertretender Direktor des Büros für globale Strafjustiz des US-Außenministeriums.



Filmreihe zeigt von der SED verbotene Titel

»Verbotene Filme, vergessene Träume – Kahlschlag 1965« heißt die Filmreihe der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die anlässlich des 60. Jahrestags des 11. Plenums des Zentralkomitees der SED im Jahr 1965 veranstaltet wird. Vom 15. Oktober bis zum 3. Dezember 2025 werden im Clubkino des Lingnerschlusses in Dresden sechs Filme gezeigt, die vor nunmehr 50 Jahren durch die SED verboten und über Jahrzehnte hinweg wegen ihres kritischen Inhalts verfilmt und weggeschlossen wurden. Dazu zählen beispielsweise Werke wie »Das Kaninchen bin ich«, »Berlin um die Ecke« und »Spur der Steine«. Jede Vorführung wird durch einen Expertenbeitrag begleitet, der sowohl den historischen Kontext als auch die künstlerische Bedeutung der Filme beleuchtet.

Termine und Website der LASD: <https://lasd.landtag.sachsen.de/de>



Kinder entdecken den Landtag

Hanna und Robin, beide zehn Jahre alt, waren zu Besuch im Sächsischen Landtag. Hier lernten sie eine Menge über die Funktion und die Aufgaben des Hohen Hauses. Ihr Wissen gaben sie anschließend vor der Kamera wieder. An Landtagspräsident Alexander Dierks hatten beide sehr viele Fragen, die er ihnen geduldig beantwortete. Zum Beispiel wollten sie wissen, was genau Herr Dierks arbeite und ob er viel zu tun habe. Robin fragte keck: »Kann ich denn auch Chef des Landtags werden?«

Die ganze Videoreihe »Kinder entdecken den Landtag« finden Sie auf den Instagram- und YouTube-Seiten des Sächsischen Landtags.



Video auf
YouTube



Sächsischer
Landtag
auf Instagram

Hoher Besuch aus Norddeutschland

Am 2. September 2025 empfing Landtagspräsident Alexander Dierks gemeinsam mit seinen Stellvertretern das Präsidium der Hamburger Bürgerschaft um deren Präsidentin Carola Veit. Die Städte Dresden und Hamburg verbindet nicht nur die Elbe, sondern seit 1987 auch eine enge Städtepartnerschaft, die in vielen Bereichen gepflegt wird. Die Mitglieder beider Präsidien tauschten sich über den aktuellen Parlamentsbetrieb aus. Die Hamburger Delegation zeigte ebenso am neu eingeführten Konsultationsmechanismus zwischen der Sächsischen Staatsregierung und dem Landtag reges Interesse.





FEST DER VEREINE UND DER DEMOKRATIE

Nach 22 Jahren lud Sebnitz erneut zum »Tag der Sachsen« ein und präsentierte den Besuchern gemeinsam mit seiner tschechischen Nachbarstadt Dolní Poustevna drei unvergessliche Tage. Auch der Sächsische Landtag war mit einem Zelt und einer Vereinsbühne über alle Festtage vor Ort.

Festumzug durch die Stadt
Sebnitz am 7. September 2025



Sächsischer Landtag



Foto: Landtag

5. bis 7.9.
2025
TAG DER SACHSEN
Sebnitz

Blumen und gute Laune in Sebnitz

Tag der Sachsen erstmals grenzübergreifend
in Sachsen und Tschechien gefeiert

Vom 5. bis 7. September 2025 feierten schätzungsweise 200 000 Menschen den »Tag der Sachsen« in Sebnitz. Sachsens größtes Volks- und Vereinsfest war nach 2003 bereits zum zweiten Mal in der 9300 Einwohner großen Stadt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zu Gast. Das Festgebiet erstreckte sich von einer Hauptbühne am Markt in alle Richtungen. Ob Landwirtschaftsmeile, Blaulichtmeile, Sportmeile, Demokratieviertel oder Kirchenmeile: Die vielen Stände und Mitmachangebote vielfältigster Vereine, Organisationen und Initiatoren waren an allen Tagen gut besucht. Sogar die tschechische Nachbargemeinde Dolní Poustevna war mit einer Bühne und weiteren Attraktionen in das Fest einbezogen.

// Dr. Daniel Thieme, Niklas Hellfritsch



Egal ob mit VR-Brille oder auf dem Monitor: Interessierte konnten in Sebnitz den virtuellen Rundgang des Landtags starten und so einen Blick in das knapp 40 km entfernte Parlament werfen. Zu sehen gibt es neben den vielen Räumen im Landtag Fotos und Erklärvideos.

Post vom »Tag der Sachsen« schreiben? Das war im Zelt des Sächsischen Landtags möglich. Junge und alte Besucher verfassten Postkarten und warfen sie direkt in den aufgestellten Briefkasten ein. Dieser steht sonst im Bürgerfoyer des Landtags in Dresden.



Fotos: T. Schlorke





Passend zum Motto »Auf blühende Erlebnisse« war das Sebnitzer Blumenmädchen auf dem Festgelände unterwegs. Die Tradition der Kunstblumenherstellung in Sebnitz reicht bis ins Jahr 1834 zurück.

Foto: Landtag



Im Landtagszelt konnten sich all jene die Zeit vertreiben, die einfach nur malen, basteln oder spielen wollten. Der Sächsische Landtag hat ein eigenes Malbuch, das Kindern die Demokratie nahebringt.



Für abwechslungsreiche Musik war dank vieler Kapellen und Tanzgruppen aus ganz Sachsen an allen Tagen gesorgt. Der Sächsische Landtag war erneut mit einer eigenen Vereinsbühne vertreten.



Wer wollte, konnte beim Glücksrad tolle Preise abräumen. Die Begeisterung dafür war bei den Besucherinnen und Besuchern über die ganze Zeit hinweg ungebrochen.



Der große Festumzug mit 1800 Teilnehmern, 90 Bildern sowie zwölf Spielmannszügen und Musikkapellen bildete am Sonntag den Höhepunkt des Festes.

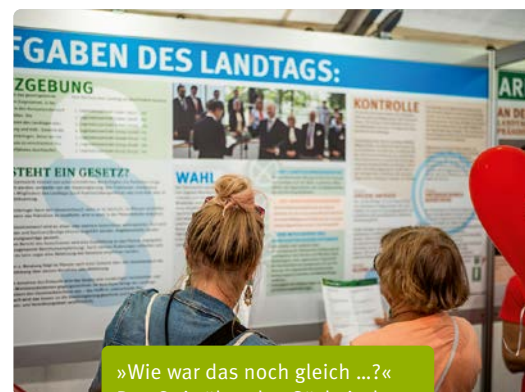
Foto: picture alliance/dpa - Robert Michael



Als Vorsitzender des »Kuratoriums Tag der Sachsen« besuchte Landtagspräsident Alexander Dierks zahlreiche Stände. Er kam dabei mit vielen Menschen ins Gespräch und probierte vielfältige Mitmachangebote aus.



Am Samstagnachmittag konnten interessierte Bürger mit der Staatsregierung ins Gespräch kommen. Zu Beginn begrüßten der Ministerpräsident und sein Kabinett von der Bühne im Demokratieviertel.



»Wie war das noch gleich ...?« Das Quiz über den Sächsischen Landtag führte oft dazu, dass man doch noch einmal mehr auf die Informationstafeln schauen musste. Schließlich gab es tolle Preise zu gewinnen.

STADTPORTRÄT SEBNITZ



Sebnitz, erstmals 1359 urkundlich erwähnt, liegt in der Sächsischen Schweiz. Die Papierproduktion sorgte mit Beginn des 19. Jahrhunderts für einen erheblichen wirtschaftlichen

Aufschwung. Später entwickelte sich Sebnitz zum Zentrum der Kunstblumenproduktion in Deutschland. Umgeben von Natur lädt die Stadt zu Kultur, Wandern und Erholung ein.



Nähere Informationen unter <https://www.tagdersachsen2025.de/>

Politiker werden im Zeitraffer

Ein Tag mit Ronny Kupke, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt



Foto: C. Lässig

Von Dresden
über Großröhrsdorf
nach Chemnitz

Dresden
Großröhrsdorf
Chemnitz

lich wählte ihn sein Landesverband zum neuen Vorsitzenden.

Noch einmal ein Blick zurück: 30 Jahre lang arbeitet Ronny Kupke bei der AOK PLUS, wo er 1993 als Azubi für Bürokommunikation anging. Im Fernunterricht sattelt er eine Ausbildung als Sozialversicherungskaufmann drauf, schließlich noch ein berufsbegleitendes Studium zum Fachwirt im Sozial- und Gesundheitswesen. Es folgen Tätigkeiten in vielen Bereichen von der Personalabteilung über Verhandlungsmanagement und Pflege bis zur Bedarfsplanung für Rettungsdienst sowie Controlling / Finanzen. Parallel engagiert sich Kupke seit Jahrzehnten in

Am Anfang stand ein Anruf bei Ronny Kupke. Am Telefon war Sabine Zimmermann, Gründungsbeauftragte des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Sachsen. Über jemanden, der jemanden kennt, hatte sie seine Nummer bekommen. Ob er sich vorstellen könne, beim BSW mitzumachen. Kupke sagte weder Ja noch Nein, sondern »Mal sehen.« Das ist mehr als anderthalb Jahre her.

der Gewerkschaft ver.di. Zuletzt ist der Chemnitzer als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats einer Krankenkasse zuständig für die Arbeitnehmerbelange

von 7 000 Beschäftigten. Seit September 2024 ist einiges passiert im Leben des 48-jährigen: unzählige neue Themen, Namen und Gesichter ...

Es folgte eine politische Karriere in Überschallgeschwindigkeit: Im Januar 2024 Gründungsmitglied des BSW, Gründung des sächsischen Landesverbands, Kommunalwahlkampf, Stadtratsmandat in Chemnitz, Landtagswahlkampf, dann am 1. September 2024 der Einzug in den Sächsischen Landtag. Anschließend die mit der Regierungskoalition ohne Erfolg geführten Sondierungsgespräche und Haushaltsverhandlungen. Kürz-

Im Gespräch mit Thomas Ditttrich



Foto: M. Rietschel

Moderation im Gesundheitsausschuss

Wir treffen uns Ende August im Sozialausschuss des Sächsischen Landtags, dessen Vorsitzender Kupke ist. In Sitzungsleitung und Moderation ist er als einstiger Personalratsvorsitzender geübt. Der Ausschuss behandelt zum Auftakt der nicht öffentlichen Sitzung einen Bericht der Staatsregierung. Der Evaluationsbericht zum Landarztgesetz prüft, ob die Anreize, die Sachsen darin geschaffen hat, um mehr Ärzte in ländliche Regionen zu bringen, funktionieren. Studierende, die sich zu einer Tätigkeit außerhalb der Ballungszentren verpflichten, können bevorzugt einen der begehrten Medizinstudienplätze erhalten. Der Freistaat greift mit dem Gesetz unmittelbar in die Hochschulfreiheit ein, insofern ist die Überprüfung allein schon verfassungsrechtlich geboten. Vorsichtiger Optimismus liegt in der Luft. Die Landarztquote habe sich laut Sozialministerium bereits etabliert, als ein Instrument von vielen. Bis sich die Gesetzesnovelle in tatsächlich vor Ort praktizierenden Ärztinnen und Ärzten niederschlägt, dauert es freilich noch. Reichliche zehn Jahre vergehen in der Regel, bis aus einem Medizinstudenten ein Landarzt geworden ist.

Der Ausschuss beschließt, dem Plenum die Annahme der Unterrichtung zu empfehlen. Diese findet sich also in einer der nächsten Landtagssitzungen auf der Tagesordnung wieder, um dann vom Parlament zur Kenntnis genommen zu werden. Nach zwei Stunden schließt Kupke die Sitzung und er bekommt die Aufgabe, sich ein neues Gesicht zu merken – das der Dame, welcher er die vorliegende Reportage zugesagt hat.

Die Sorgen der Apotheken

Tags darauf dann das Wiedersehen in Großbröhrsdorf. Thomas Dittrich, langjähriger Vorsitzender des sächsischen Apothekerverbands, hat Kupke in seine Apotheke eingeladen. Kennengelernt haben sie sich im April 2025 im Landtag, als Dittrich während einer öffentlichen Anhörung in den Sozialausschuss geladen war. Im Gespräch mit Ronny Kupke weist der Apotheker auf die große Not der Apotheken hin. Dazu gehörten die Konkurrenz durch den wenig regulierten Onlinehandel sowie die unzureichende Kostenerstattung seitens der Krankenkassen. Die Zahl der Apotheken sinke kontinuierlich. Der Handlungsdruck steige, aber noch spürten die Bürgerinnen und Bürger wenig davon. Der Austausch ist hochinteressant und vor allem deshalb spannend, weil Kupke als langjähriger Krankenkassenmitarbeiter die Probleme bestens kennt – aus Sicht der Kassen, im Fachjargon: »Kostenträgersicht«.

»Die Probleme sind identifiziert, verstanden und der Politik bewusst«, fasst Kupke zusammen. Auch Lösungsmöglichkeiten werden diskutiert. Aber, so Kupkes Eindruck: »Nichts passiert.« Genau diese Wahrnehmung sei es – neben den gesellschaftlichen Verwerfungen während der Coronapandemie – gewesen, die ihn bewogen habe, sich politisch zu engagieren.

Politik mit langem Atem

Am Freitag treffen wir den Abgeordneten in Chemnitz wieder. In den Räumen ist noch nicht alles fertig, nebenan werkelt ein Hausmeister. Die vergangenen Monate richteten er und seine Mitarbeiter alles ein, Anfang September folgte die große Eröffnung. Ganz leicht war es nicht, geeignete Räume zu finden. Zentrumsnah sollten sie sein und gut sichtbar. Doch nicht jeder Vermieter möchte sein Objekt für politische Zwecke vermieten.

Kupkes Zwischenfazit als politischer Quereinsteiger nach einem Jahr Landtag: Es gibt sehr oft kein Erkenntnisproblem. Meist liegen mehrere Lösungsideen, je nach politischer Couleur, auf dem Tisch, im besten Fall sogar Kompromisslinien. Dennoch lassen sich die Dinge nicht von jetzt auf gleich verändern. Die Bretter, die es zu bohren gilt, sind dick, haben unsichtbare Verästelungen, die mitbedacht werden müssen. Politische Vorhaben brauchen parlamentarische Mehrheiten, das richtige Timing und den passenden Impuls, damit es ins Machen kommt. Die Innensicht als Abgeordneter kann dabei sehr hilfreich sein. Kupke hat das verstanden. Fünf Jahre dauert eine vollständige Wahlperiode. Ob er erneut für das Parlament kandidieren würde, lässt er offen. Denn die Arbeitsbelastung, das muss Kupke zugeben, ist im Vergleich zu der Zeit bei der AOK eine andere: intensiver, wie er sagt. Irgendwie ist man immer im Dienst, so der gebürtige Chemnitzer. Feierabend ist ein Luxus, den er nun mehr zu schätzen weiß.

// Katja Ciesluk

Termine 2025

MONTAG

Moderation
im Gesundheits-
ausschuss

DINNSTAG



Sozialausschuss in Dresden



Besuch in Großbröhrsdorf

Termin in
Großbröhrsdorf

DONNERSTAG

FREITAG Termin in
Chemnitz



Besuch in Chemnitz

Kleine und große Gesten der Demokratie in der Kulturhauptstadt

Ein Pop-up-Kiosk und andere Lernorte für politische Bildung



Fotos: M. Zwarg

»Kiosk des Unwissens« im Chemnitzer Plattenbau-Wohngebiet

In der Europäischen Kulturhauptstadt stehen nicht nur die Kunst und Kultur im Mittelpunkt, sondern auch politische Themen. Etliche Initiativen wollen gezielt die Demokratie fördern und bedienen sich dafür einer ganz eigenen Bild- und Symbolsprache.

Der Kiosk auf einer kleinen Wiese an der Stollberger Straße in Chemnitz fällt schon von Weitem auf: gelbe Balken, Schaufensterauslagen wie in einem richtigen Kiosk. Aber: Die Postkarten sind leer, die Stadtpläne ebenso. Hinter dem Tresen sitzt Robert Illgen und wartet auf Kundschaft. Er betreibt gemeinsam mit Janine Schlimpert den »Kiosk des Unwissens«, ein Reisebüro für Ausflüge in die Nachbarschaft, das die Kundinnen und Kunden selbst füllen sollen. Denn der Kiosk des Unwissens will nicht nur auswärtige Besucherinnen und Besucher der Kulturhauptstadt anlocken, sondern vor allem Einheimische.

Vom Unwissen zur Erkenntnis

Der Kiosk steht mitten in dem ehemals nach Fritz Heckert benannten Wohngebiet, am ehemaligen Flughafen im Stadtteil Kappel. Als eines der größten Neubaugebiete der DDR war es geplant, mit viel Grün, Freiräumen und »Versorgungszentren« samt Kaufhalle und Restaurant. Die Wohnungen waren begehrt. Das änderte sich nach 1990. Menschen zogen weg, ganze Wohnblöcke standen leer, einige wurden abgerissen. Viele der verbliebenen Gebäude wurden inzwischen saniert, teils neu mit Balkonen ausgestattet. Die Mieten hier sind immer noch günstig. Wer geblieben ist, will nicht weg. Hier wohnen

Menschen aller Schichten, Altersklassen, Herkünfte. Vier Wochen lang im Sommer steht hier der Pop-up-Kiosk, »ein Ort abwesender Antworten«, wie ihn die Betreiber unter der Schirmherrschaft des Vereins Walden selbst bezeichnen. Es soll und darf »geschaut, probiert, informiert, konsumiert, konfrontiert und gefragt werden«. So füllen sich langsam die Ansichtskarten mit Zeichnungen von Sehenswürdigkeiten im Wohngebiet, und wenn es der nächste Supermarkt ist. Der Stadtplan füllt sich mit gelben Punkten, Orten, die den Anwohnerinnen und Anwohnern wichtig sind: Parkbänke, Sportplätze, Turnhallen.

Ein älteres Ehepaar nutzt die Gelegenheit zu fragen und zu erzählen. Bei den großen Kulturhauptstadtfesten im Zentrum waren sie noch nicht, »zu viele Menschen, zu viel Lärm«, aber später vielleicht. Und, sagen sie, kurz bevor sie gehen: »Die Menschen haben sich verändert



Publikumsbeiträge zum »Kiosk des Unwissens«

in den letzten Jahren. Früher hat sich die ganze Straße begrüßt. Das ist jetzt nicht mehr so.«

So füllt sich der Kiosk des Unwissens langsam mit einigen Erkenntnissen darüber, wie Menschen in Chemnitz leben. Dieser Austausch, der an manchen Tagen besser, an manchen Tagen weniger gut funktioniert, ist eine der kleinen Gesten der Demokratie, die sich die Kulturhauptstadt neben allen kulturellen und künstlerischen Angeboten auch vorgenommen hat.

Audiovisueller Ausstellungsparcours »Challenge Your Perception«



Dokumentationszentrum zum
NSU-Komplex »Offener Prozess«



Foto: M. Frost



Fotos: M. Zwarg

Ibug-Festival im ehemaligen Chemnitzer Krankenhaus

Stärkung europäischer Werte

Chemnitz hatte sich um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt ausdrücklich mit dem Verweis auf die sozialen und politischen Verwerfungen nach der Wende beworben. »Mit Leidenschaft, Vorstellungskraft und der Großzügigkeit der Menschen vor Ort wollen wir in Chemnitz europäische Grundwerte kultivieren und dadurch die kollektive Selbstwirksamkeit stärken, die zum Erhalt unserer Gesellschaft essenziell ist«, heißt es dazu in der Bewerbung. In diese Aktivitäten sollten möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Das ist zum Teil gelungen; mit vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, und auch mit einigen Projekten, die ganz explizit der

Stärkung der Demokratie dienen sollen.

Das Bedeutendste ist ganz sicher das im Mai eröffnete Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex »Offener Prozess«. Es bringt eindringlich, berührend, sehr gut recherchiert und multimedial aufbereitet die Schicksale der zehn zwischen 2000 und 2007 durch Anschläge des »Nationalsozialistischen Untergrunds« ermordeten Opfer nahe. Traumata, Angst und Leid der Mordopfer und ihrer Angehörigen werden ebenso deutlich wie die Forderungen nach weiterer Aufklärung und Aufarbeitung der Anschläge.

Gegen Diskriminierung und für Zusammenhalt

Eines der wenigen Projekte, die sich ebenso ganz ausdrücklich der demokratischen Bildung widmen, ist der audiovisuelle Ausstellungsparcours »Challenge Your Perception«, sinngemäß »schärfe deine Wahrnehmung«, des Deutschen Zentrums für eine Gesellschaft ohne Antisemitismus, Diskriminierung und Ausgrenzung (ZADA). In einer Fabrikhalle des ehemaligen Wirkbaus werden Besucherinnen und Besucher etwa eine Stunde lang durch professionell produzierte Videoinstallationen geführt und mit gängigen Vor-

urteilen, Wahrnehmungsmustern und Verschwörungstheorien konfrontiert. Teils psychologisch geschickt, teils sehr didaktisch werden so vermutete oder tatsächliche eigene Denk- und Handlungsmuster reflektiert und infrage gestellt, um Alltagssituationen besser beurteilen zu können und zu aktivem Handeln für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Diskriminierungen und vor allem gegen Antisemitismus anzuregen.

Dass die Kunst selbst auch zur Werkstatt der Demokratie werden kann – oder es eigentlich immer ist –, erfuhren ungewollt die Organisatorinnen und Organisatoren der Ibug, des renommierten internationalen Street-Art-Festivals mit dem unhandlichen Namen »Industriebrachenumgestaltung«. Mehr als 38 000 internationale Besucherinnen und Besucher sahen die temporäre Ausstellung in einem schon lange leerstehenden ehemaligen Chemnitzer Krankenhaus, das zuvor auch die Zentrale der Auto-Union beherbergte hatte. Etwa 70 internationale Künstlerinnen und Künstler

hatten die rund 16 000 Quadratmeter in drei Gebäuden phantasiereich mit Graffiti, Installationen und multimedialen Objekten gefüllt. Mehr und deutlicher als in anderen Jahren setzten sich einige Künstler mit aktuellen politischen Krisen auseinander. Vor allem der Nahost-Konflikt regte Künstler zu teils sehr berührenden, teils sehr plakativen Stellungnahmen zugunsten der palästinensischen Zivilbevölkerung an, während der Überfall der terroristischen Hamas auf Israel unberücksichtigt blieb. Dies brachte den Schöpfern einiger Arbeiten den Vorwurf des Antisemitismus ein, der zur zeitweiligen Verhängung eines Kunstwerks führte. Die Kritik setzte eine offene, von den Ibug-Initiatoren geförderte Diskussion zwischen Antisemitismus-Experten, Publikum und Künstlern in Gang, die das Problembewusstsein ganz sicher geschärft hat. Eine gute Geste der Demokratie, die der Kulturhauptstadt alle Ehre machte.

// Matthias Zwarg



Weitere Informationen zu Veranstaltungen
unter <https://chemnitz2025.de>



Zwischen Sitzungssaal und Familienalltag

Sächsische Abgeordnete im Landtag und Reichstag während der Zeit des Deutschen Kaiserreichs

Im Deutschen Kaiserreich entwickelte sich das parlamentarische Mandat zur hauptberuflichen Tätigkeit. Die Abgeordneten standen vor großen zeitlichen, wirtschaftlichen und familiären Herausforderungen. Wie sie damit umgingen, zeigen private Briefe sächsischer Sozialdemokraten.

Der Arbeitsalltag der Reichstagsabgeordneten im Deutschen Kaiserreich war eng getaktet. In einem Brief an seine spätere Frau Julia beschrieb der sozialdemokratische Reichstags- und sächsische Landtagsabgeordnete Georg von Vollmar im Frühjahr 1885 sein übliches Arbeitspensum: »Während der letzten sieben Wochen war ich durch Reichstagsitzungen, sowie durch die Kommissionen für Wahlprüfung, Dampfersubvention, Arbeiterschutz usw. gezwungen, täglich von früh 10 Uhr bis nachts 12 Uhr und länger auf den Beinen zu sein.« Vor lauter Abstimmungen und Sitzungen habe er zudem kaum Zeit gehabt, seiner geliebten Frau »einen gesammelten Satz« zu schreiben.

Klagen über die hohe Arbeitsbelastung des Abgeordnetenlebens waren im Kaiserreich ein häufiges Thema in der Korrespondenz zwischen Politikern und ihren Familien. Die Beschwerden über die »schauerliche Hetze« zwischen Terminen und Verpflichtungen waren durchaus berechtigt. Die Ausweitung des Wahlrechts, die Nationalisierung des politischen Wettbewerbs und der Ausbau zentraler Parteiapparate führten zu einer zunehmenden Professionalisierung der Politik. Dazu kam, dass viele der Abgeordnete

ten sogenannte »Doppelmandate« innehalten, also gleichzeitig im Reichstag und in einem Landtag vertreten waren. Etwa die Hälfte der Reichstagsabgeordneten war Doppelmandatsträger. Dies hatte durchaus finanzielle Gründe, denn im Gegensatz zum Reichstag zahlten die meisten Landtage Diäten. Auch die sächsischen Sozialdemokraten waren auf die Diätenzahlungen des sächsischen Landtags angewiesen: »Es ist klar, dass, wenn ich jetzt das Landtagsmandat nicht hätte, wir das finanziell gar nicht aushalten könnten«, schrieb bspw. August Bebel, der führende Kopf der deutschen Sozialdemokratie,

im September 1881 an seine Frau Julie. Das Doppelmandat führte nicht nur zu einer erheblichen Arbeitsbelastung, sondern auch zu Terminkollisionen und reiselogistischen Herausforderungen.

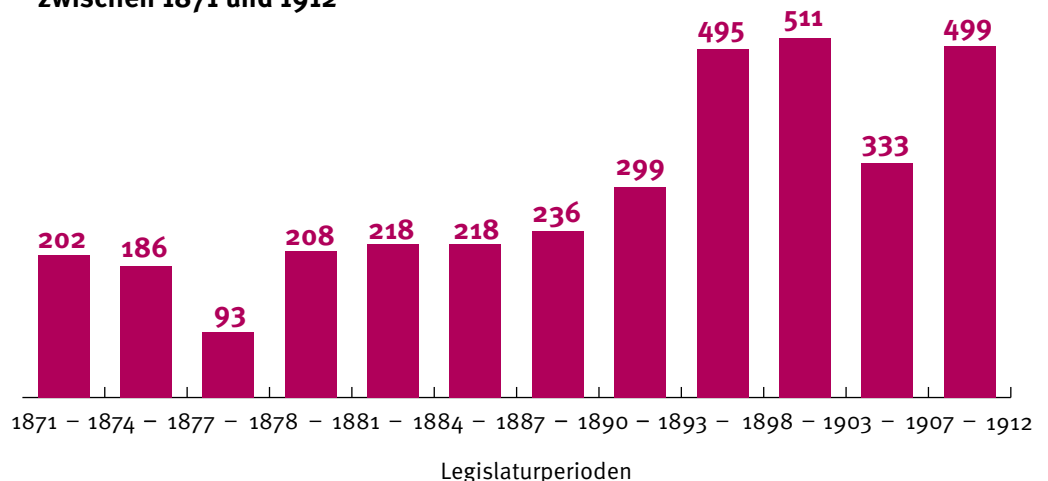
Steigender Zeitaufwand

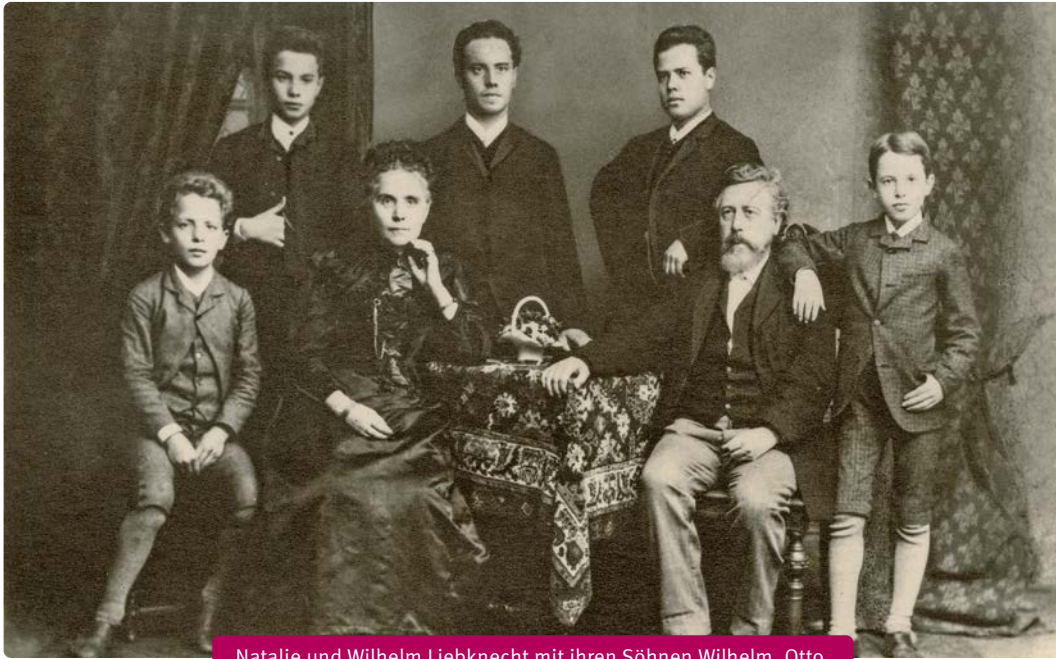
Der wachsende Regelungsbedarf auf Reichsebene führte zu immer längeren parlamentarischen Sitzungsperioden in Berlin. Der Zeitaufwand für parlamentarische Arbeit stieg erheblich: Zwischen 1871 und 1912 verdoppelte sich die durchschnittliche Anzahl der Sitzungstage im Deutschen

Reichstag. Die Parlamentarier mussten Wege finden, die immer länger werdenden Abwesenheiten von Wahlkreis, Beruf und Familie zu kompensieren. Einige Berufe, wie die Partnerschaft in einer Anwaltskanzlei, ließen sich besser mit einem Mandat vereinbaren als andere. Selbstständig tätige Abgeordnete waren dagegen häufiger auf die Unterstützung ihrer Familien, insbesondere ihrer Ehefrauen, angewiesen.

Gerade in der Sozialdemokratie spielten Frauen eine Schlüsselrolle für das politische Funktionieren der Partei. In seinen Lebenserinnerungen bemerkte Bebel, dass Anna

Sitzungstage des Deutschen Reichstags zwischen 1871 und 1912





Natalie und Wilhelm Liebknecht mit ihren Söhnen Wilhelm, Otto, Karl, Theodor und Curt (v. l. n. r.), um 1888

Schuster, die Ehefrau des in Festungshaft sitzenden Sozialdemokraten Oskar Schuster, bei den Reichstagswahlen 1881 den sächsischen Wahlkreis Freiberg für ihren Mann »eroberte«. Während der Sozialistengesetze übernahm Julie Bebel in Abwesenheit ihres Mannes August die Leitung des sozialdemokratischen Parteisekretariats. In einem Brief an Friedrich Engels schrieb sie, dass sie durch die Notwendigkeit, Parteiengeschäfte führen zu müssen, »in den Geist der Partei eingedrungen und heute mit ganzer Seele dabei« sei. Als wichtige Ansprechpartnerin kümmerte sie sich um das politische Netzwerk und die Wahlkreisbetreuung. Durch die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einkommensquellen sicherte sie die Grundlage für die parlamentarische Arbeit ihres Ehemanns.

Rote Sachsen in Berlin

Insbesondere die Sozialdemokraten in Sachsen, dem sogenannten »roten Königreich«, hatten großen Einfluss auf die Reichstagsfraktion und die Gesamtpartei. Mit August Bebel

und Wilhelm Liebknecht war ab Juni 1881 die Spitze der deutschen Sozialdemokratie im sächsischen Landtag und im Reichstag vertreten. Die räumliche Nähe ihrer sächsischen Wohnorte zu Berlin erwies sich dabei als großer Vorteil. Die kurze Reisezeit ermöglichte es ihnen, regelmäßig und flexibel nach Berlin zu reisen, während ihre süd- und westdeutschen Kollegen lange und beschwerliche Bahnreisen auf sich nehmen mussten.

Bis zum Ende des Kaiserreichs lebten lediglich zehn Prozent der Reichstagsabgeordneten ständig in Berlin. Die dauerhafte Präsenz vor Ort ermöglichte den in Berlin oder im Umland wohnenden Abgeordneten eine regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen und Abstimmungen. Für die überwiegende Zahl der Pendler, darunter zeitweise auch Bebel und Liebknecht, war die Wahl der Berliner Unterkunft von entscheidender Bedeutung. Der Zustand der Wohnung beeinflusste ihre Arbeitsleistung und Erholung und konnte, je nach Budget, eine repräsentative Rolle bei Besuchen spielen. Die Bandbreite der Wohnformen

reichte von bescheidenen Zimmern bis hin zu großzügigen, repräsentativen Wohnungen.

Umzüge nach Berlin

Doch schon im Sommer 1890 verfasste August Bebel einen eindringlichen Brief an Natalie Liebknecht, die Frau seines einflussreichen Parteikollegen Wilhelm Liebknecht. Bebel hob die zentrale Bedeutung Berlins als Herzstück der politischen Aktivitäten hervor und empfahl der »parlamentarischen Familie« Liebknecht nachdrücklich, nach Berlin umzuziehen und sein Landtagsmandat niederzulegen. Ohne die ständige Belastung des Doppelmandats würde Liebknecht zudem »eine Menge Zeit für die Familie« gewinnen. Er wies darauf hin, dass lediglich vorübergehende Aufenthalte nicht ausreichten, um einen dauerhaften politischen Einfluss zu gewährleisten. »Alle Lebensäußerungen der Parteileitung sind in Berlin mindestens 24 Stunden früher möglich als an jedem anderen Ort«, schrieb er und unterstrich damit die entscheidende Bedeutung einer ständigen Präsenz in der

Hauptstadt für den politischen Erfolg.

Die Sozialdemokraten wussten aus eigener Erfahrung, wie entscheidend eine kontinuierliche Präsenz und Mitarbeit außerhalb des Sitzungssaals für den Erfolg einer politischen Agenda war. Sowohl in Berlin als auch in Dresden fand ein Großteil der politischen Arbeit außerhalb der formellen Sitzungen statt. Schon 1877 hatte sich der wohlhabende Kaufmann Arthur Penzig aus Meerane darüber beklagt, dass im sächsischen Landtag keine geeigneten Räumlichkeiten für Fraktions-sitzungen zur Verfügung standen. Um überhaupt in Kontakt zu kommen, mussten sich die Fraktionsmitglieder »in verschiedenen Wirthslocalen, nicht immer der angenehmsten Art, gewissermaßen herumdrücken«. August Bebel selbst wurde im Dezember 1885 vom Präsidenten des sächsischen Landtags zur Ordnung gerufen, nachdem er provokant angemerkt hatte, dass die Parteien ihre Aktivitäten häufig inoffiziell und »hinter den Kulissen« abwickelten.

// Lukas Yavari

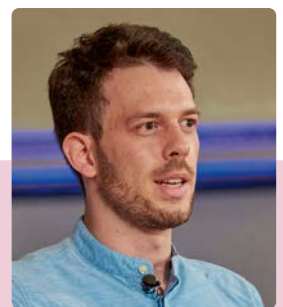


Foto: privat

LUKAS YAVARI

studierte Neuere Geschichte in Gießen und Berlin. Er arbeitet derzeit für die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus (KGParl) an einer Monografie zum Alltagsleben von Parlamentariern im Deutschen Kaiserreich und an einer Online-Edition von Briefwechseln zwischen Reichstagsabgeordneten und deren Ehefrauen.

Plenarsitzungen

29.10. – 30.10.2025

03.12. – 04.12.2025

04.02. – 05.02.2026

25.03. – 26.03.2026

12.05. – 13.05.2026

24.06. – 25.06.2026

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter besucherdienst@slt.sachsen.de

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



[www.landtag.sachsen.de/
publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)



[www.landtag.sachsen.de/
veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag) und auf
YouTube: [youtube.com/@SaechsischerLandtag](https://www.youtube.com/@SaechsischerLandtag)

Auswahl aus über
450 spannenden zeitge-
nössischen Kunstwerken
im Altbau des Hauses

Kunstführung im Sächsischen Landtag



NÄCHSTE FÜHRUNGEN 2025

21.10. | 17 Uhr: »Kunst im Kontext«
Künstler(gruppen) und ihr Umfeld

03.11. | 11 Uhr: »Aus weiblicher Hand«
Künstlerinnen im Fokus

08.12. | 18 Uhr: »Ausgewählt«
Ein kleiner Einblick in die Sammlung

ANMELDUNG per E-Mail über die Internetseite des Sächsischen Landtags